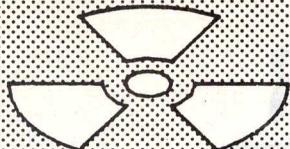


Januar 1989



VAU

Verein für angewandten Umweltschutz e.V.  
Berliner Straße 6 3250 Hameln 1 Tel. 05151/51529

EXTRA

## Auf ein strahlendes Neues Jahr

Warten auf den Störfallbericht 1987

## Von ›neuer Offenheit‹ keine Spur

Das Jahr 1988 war ein Unglücksjahr für die deutsche Atomgemeinde: Was mit den nicht endenwollenden Enttäuschungen über die kriminellen Machenschaften der mittlerweile stillgelegten Hanauer Nuklearfirmen NUKEM-ALKEM und TRANSNUKLEAR im Verbund einer internationalen Atommüllmafia begann, endete mit einer Serie von Veröffentlichungen über geheimgehaltene Störfälle und technische Mängel in bundesdeutschen Kernkraftwerken von Brokdorf über Hamm-Uentrop bis Biblis.

Insbesondere die Auseinandersetzung um Biblis, die auch im neuen Jahr unvermindert anhält, verführte Minister Töpfer zwar nicht zu durchgreifenden Maßnahmen gegenüber den Betreibern, wohl aber zu vollmundigen Erklärungen in Rundfunk und Fernsehen: In Zukunft werde die Öffentlichkeit rückhaltlos über sämtliche Störfälle infor-

miert werden, und zwar anders als bisher nicht im jährlichen, sondern vierteljährlichen Abstand . . .

Allerdings: Erschienen die Störfallberichte für 1984 und 1985 noch im September 1985 bzw. 1986, so schaffte es der für 1986 gerade noch bis Weihnachten 1987. Auf den "Bericht über besondere Vorkommnisse in Kernkraftwerken" für 1987 warten wir im Januar 1989 immer noch - und nach telefonischer Auskunft des Bundesumweltministeriums dürfte es auch noch weitere vier Wochen bis zu seinem Erscheinen dauern.

Über die Gründe für diese zunehmende Verzögerung mag man spekulieren. Auf jeden Fall ist sie der Grund dafür, daß das bereits für Dezember geplante neue VAU-Info noch nicht erschienen ist.

### Informationsveranstaltung zum HTR-Modul

Referent: Dr. Gerald Kirchner (Bremen)

Dienstag, den 24. Januar 1989 um 19.30 Uhr

Hameln, Kurie Jerusalem (Ecke Kopmannshof / Alte Marktstraße)

# Verwirrspiel um den HTR

Im letzten VAU-Info berichteten wir ausführlich über das neue Ziehkind der Atomindustrie, den Hochtemperaturreaktor, der sich durch eine besondere große Anwendungsvielfalt, Standortnähe und ein vereinfachtes, standortunabhängiges Genehmigungsverfahren auszeichnen und verkaufen lassen sollen. Eben über diesen letzten "Vorzug" des Klein-Reaktors aber ist die HTR-Front in Bewegung geraten, wie der taz-Artikel (siehe Kasten) dokumentiert, der durch

öffentlichen Auslegung der Baupläne werden die beteiligten Gruppen mit den Unterschriftensammlungen für die Einwendungen beginnen, und am ersten Freitag und Samstag darauf sollen in Hannover zentrale Protestaktionen stattfinden.

Der VAU hatte die Absicht, im Februar eine Informationsveranstaltung zum HTR-Modul mit dem GRÜNEN-Landtagsabgeordneten Hannes Kempmann durchzuführen. Nun ist uns

## 4 INLAND AKTUELL

taz MITTWOCH, 4/1/89

## Genehmigung für Klein-Reaktor fraglich

*Standortunabhängiges AKW-Genehmigungsverfahren für den neuen Modul-HTR von Siemens wieder in der Diskussion / Die Umweltministerien in Hannover und Bonn zweifeln am rechtlichen Verfahren*

### Aus Hannover Jürgen Voges

In den Umweltministerien in Hannover und Bonn mehren sich quasi kurz vor Toresschluß die Zweifel am Sinn des „standortunabhängigen“ Genehmigungsverfahrens für die neuen Klein-AKWs vom Typ „HTR-Modul“, das Anfang Februar mit der öffentlichen Auslegung des Sicherheitsberichtes in seine entscheidende Phase treten soll. Der Sprecher des niedersächsischen Umweltministeriums, Hermann Kues, erklärte jetzt gegenüber der taz, die rechtlichen Aspekte dieses Genehmigungsverfahrens würden gegenwärtig von den Umweltministerien in Bonn und Hannover noch gemeinsam geprüft. Diese Prüfung umfasse auch immer noch die Frage, „ob das standortunabhängige Genehmigungsverfahren überhaupt sinnvoll ist“. „Ganz so nicht bestätigen“ wollte der Ministeri-

umssprecher eine Meldung der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“, wonach es die für Februar angesetzte Beteiligung der Öffentlichkeit an dem Verfahren erst einmal nicht geben werde. Die Kernenergieabteilung des Umweltministeriums ließ demgegenüber noch gestern mitteilen, daß das Genehmigungsverfahren seinen vorgesehenen Gang nehmen werde.

Bei dem in Hannover seit eineinhalb Jahren laufenden Konzeptgenehmigungsverfahren soll mit dem 100-Megawatt-Reaktor (HTR 100) von Interatom und KWU zum ersten Mal gleich eine ganze Reaktorbaureihe zugelassen werden. Nach dem Buchstaben des Atomgesetzes müssen sicherheitstechnische Einwände von betroffenen Bürgern, die bereits in diesem ersten standortunabhängigen Genehmigungsverfahren beschieden werden, bei einem Antrag auf Bau des Reaktors in einem zwei-

ten — standortabhängigen — Genehmigungsverfahren nicht noch einmal behandelt werden. Niedersachsens Umweltminister Werner Remmers hatte nun in den letzten Monaten wiederholt vor dem Landtag versichert, daß es diese Verringerung der Einspruchsmöglichkeiten der Bürger nicht geben werde.

Nach Ansicht des Ministeriumssprechers Hermann Kues läuft dies nun aber auf die Verdoppelung eines aufwendigen Genehmigungsverfahrens hinaus. Kues, der auch das Ministerbüro von Remmers leitet, versicherte außerdem, daß es für den HTR 100 zumindest in Niedersachsen bisher keinen Standort gebe. Dieser Reaktor werde in der Bundesrepublik vor dem Jahr 2000 nicht mehr gebaut. Im Umweltministerium in Hannover geht man offenbar davon aus, daß eine standortunabhängige Genehmigung vor allem der Verbesserung der Exportchancen

des Reaktors in den Ostblock dienen würde.

Die Antragstellerin Interatom in Bergisch Gladbach zeigte sich gestern über die Diskussionen zwischen den Ministerien über das Genehmigungsverfahren im Bilde. „Wir wissen, daß so ein Vorgang läuft, sind aber nicht informiert“, sagte der zuständige Haupatabteilungsleiter Dr. Hartmut Mayer. Schon seit Oktober überlege man in Bonn und Hannover plötzlich, ob das gewählte Verfahren das juristisch richtige sei. Über den Bau eines HTR 100 in der Bundesrepublik führe man gegenwärtig keine Verhandlungen, dennoch habe man immer noch das primäre Interesse, diesen Reaktor auch in der Bundesrepublik zu bauen. Einen förmlichen standortunabhängigen Genehmigungsbescheid wünsche man deswegen, weil deren Verbindlichkeitsgrad höher sei.

unsere Informationen aus Hannover bestätigt wird. Ob die von Polit-skandalen doch arg gebeutelte Albrecht-Regierung sich ein mögliches neues Ärgernis vom Hals schaffen und in ein stabileres Bundesland abschieben möchte, auch darüber läßt sich im Moment nur spekulieren.

Der Fahrplan der Bürgerinitiativen gegen den HTR steht aber fest: Unmittelbar nach dem Beginn der

aber zu unserer Überraschung der "Arbeitskreis für Frieden und Ökumene" "zuvorgekommen", der den Bremer Physiker Gerald Kirchner für den 24. Januar nach Hameln eingeladen hat, um über die HTR-Problematik zu informieren. Daher verschieben wir unsere Veranstaltung, bis die niedersächsische Landesregierung sich zu einer politischen Entscheidung über den INTERATOM-Genehmigungsantrag durchgerungen hat.